

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Wollen die verbündeten Regierungen vorgehen, so muß es in einer Art und Weise geschehen, die wenigstens von dem größeren Teile des Volkes verstanden und gebilligt wird. Das wird eher der Fall sein, wenn man von einer populären, allgemeineren Idee, etwa von dem Gedanken der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgeht, als wenn man sich auf subtile und immer ansehbare Berechnungen über Stärkeverhältnisse unserer Nachbarn einläßt. Es wird nicht nötig sein, sich über die Einzelheiten eines auf lange Jahre berechneten Planes im Voraus zu äußern, aber es ist unumgänglich, den leitenden Gedanken klar von Grund aus auszusprechen.

Je näher man den künftigen Krieg glaubt, um so mehr Grund, die Bevölkerung empfinden zu lassen, daß das, was man von ihr fordert, unumgänglich ist, um so räthlicher jede Verstimmung aus militärischen Motiven zu vermeiden.

Der Gedanke der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, der tatsächlichen Ausbildung aller Wehrfähigen aber wird nicht hinreichen, die für die Gewährung erheblicher Mehrforderungen erforderliche Stimmung zu erzeugen, wenn er nicht von der Aussicht auf zweijährige Dienstzeit begleitet wird. Es handelt sich nicht darum, ob man militärisch-technisch die dreijährige Dienstzeit der zweijährigen vorzieht, oder ob man den jetzigen Zustand mit seiner ungleichen Dienstzeit zwischen dem Mann der Truppe und dem Erfahreservisten und mit der bedenklichen Einrichtung der Dispositionsurlauber für befriedigend hält, sondern um die Frage: ist eine wesentliche Verstärkung unserer Wehrkraft ohne Gewährung der zweijährigen Dienstzeit erreichbar? Und diese Frage glaube ich, nach meiner Kenntniß der Verhältnisse bestimmt verneinen zu müssen. Bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstags würden von seinen 397 Stimmen kaum mehr als die 71 Konservativen mit der Regierung gehen, und auch diese im Hinblick auf ihre Wahlkreise nicht mit ungeteilter Bereitwilligkeit. Würde aber die zweijährige Dienstzeit von den verbündeten Regierungen von Anfang an freiwillig zugestanden, so ist es noch jetzt möglich, sie als Konzession erscheinen zu lassen und Kompensationen dafür einzutauschen. Zu einer Machfrage kann sie erst werden, wenn die Regierung sich dagegen ausspricht und dann ein Zustand entsteht, aus dem man nicht ohne Schädigung des Ansehens heraus kann. Daß diese Frage vor 30 Jahren in Preußen unter vollkommen anderen Verhältnissen zu einer Machfrage geworden ist, hat nicht zur Folge, daß sie es auch heut werden muß.

Man könnte auf den Gedanken kommen, sich mit beschränkteren militärischen Forderungen zu begnügen, um diese ohne Berührung der Dienstzeit durchzusetzen. Nach meinem Dafürhalten aber wird die Sache dadurch nicht erleichtert. Eine im großen Stil gehaltene, von einer großen Idee getragene Forderung verspricht eher Erfolg als ein Arbeiten mit kleinen Mitteln.

Noch eine zweite Frage von politischer Tragweite steht zur Entscheidung: Das Septennat. Als dasselbe bei den vorjährigen Militärdebatten zur Sprache kam, mußte berücksichtigt werden, daß es für die der Regierung freundlichen Parteien vielfach Wahlsparole gewesen war, und dadurch einen über seine reale Bedeutung hinausgehenden Wert erlangt hatte. Diese Rücksicht tritt mit jedem Jahre mehr zurück. Während es im Interesse des Reiches liegt, die Wiederkehr von Debatten über die Präsenzstärke des Heeres zu beschränken, hat andererseits die Erfahrung gezeigt, daß nur selten 7 Jahre vorübergehen werden, ohne daß die Regierung selbst genötigt ist, das Septennat zu brechen. Soll aber die „Scharnhorstsche Idee“ durchgeführt werden, so ist eine siebenjährige Fixierung der Kopfstärke schon um